SALZBURGER LANDTAG

Ausschuss-Beratungen am 18. Juni 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 18. Juni 2025, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können live angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Salzburger Bezirksverwaltungs-Behörden-Kooperationsgesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Bezirksverwaltungs-Behörden sind
die Bezirks-Hauptmannschaften und
die Stadt Salzburg.
Es gibt 6 Bezirksverwaltungs-Behörden in Salzburg:

- BH Salzburg-Umgebung,
- BH Hallein,
- BH St. Johann,
- BH Zell am See,
- BH Tamsweg,
- Stadt Salzburg.

Kooperation bedeutet: Zusammenarbeit.
Mit dem neuen Gesetz können
die Bezirksverwaltungs-Behörden in Salzburg zusammenarbeiten.
Sie können sich Aufgaben aufteilen.
Das bedeutet:
Eine Behörde kann für bestimmte Aufgaben
im ganzen Land zuständig sein.

Oder: Eine Bezirksverwaltungs-Behörde kann
die Aufgaben von den anderen übernehmen.

Oder:
Eine Bezirksverwaltungs-Behörde kann
für eine andere Bezirksverwaltungs-Behörde Entscheidung treffen.

Die Landesregierung entscheidet,
bei welchen Aufgaben die Bezirksverwaltungs-Behörden zusammenarbeiten.

TOP 2 (9:15 Uhr):
Salzburger Gesundheitsfonds-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Es geht um Vereinbarungen zur
Organisation und zur Finanzierung bei der Gesundheit.

Zum Beispiel:

- um die Kosten für das Gesundheits-System
- oder die Kosten für teure Medikamente.

Der Salzburger Landtag hat die Vereinbarungen genehmigt.

Das Salzburger Gesundheitsfonds-Gesetz muss deshalb angepasst werden.

TOP 3 (9:15 Uhr):
Psychische Gesundheit

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert.

Psychische Gesundheit ist wichtig.
Psycholog:innen machen wichtige Arbeit
für die psychische Gesundheit.

Die GRÜNEN fordern:
Psycholog:innen sollen bei wichtigen Entscheidungen
zur Gesundheit auch mitreden können.
Sie sollen bei wichtigen Sitzungen dabei sein.
Sie sollen mitreden können.

Zum Beispiel bei der Salzburger Gesundheits-Plattform
und bei der Landes-Zielsteuerungs-Kommission.

TOP 4 (9:45 Uhr): Sozial-Betreuungs-Berufe

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Sozial-Betreuungs-Berufe sind zum Beispiel
Gesundheits- und Krankenpflege.

Es gibt eine 15a-Vereinbarung zu den Sozial-Betreuungs-Berufen.
In der Vereinbarung zu den Sozial-Betreuungs-Berufen
geht es um die Aufgaben bei Sozial-Betreuungs-Berufen.
Oder: um die Ausbildung bei den Sozial-Betreuungs-Berufen

Das Salzburger Gesetz zu den Sozial-Betreuungs-Berufen
wird angepasst.
Das Alter für alle Sozial-Betreuungs-Berufe wird niedriger.
Das Alter wird gesenkt auf 18 Jahre.
Dann können junge Menschen direkt nach der Schule
eine Ausbildung machen.
Oder: Sie können eine Arbeit in diesem Bereich beginnen.

Die Aufgaben für den Beruf von
Heimhelferinnen und Heimhelfern werden erweitert.
Die Heimhelferinnen und Heimhelfer
dürfen in Zukunft mehr erledigen.
Das soll ihre Arbeit erleichtern.

Außerdem:
Alte Begriffe werden durch neue Begriffe ersetzt.

TOP 5 (10:15 Uhr): Pflanzen-Gesundheits-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Es geht um die Gesundheit von Pflanzen.
In der Europäischen Union gelten neue Regeln
zum Schutz von Pflanzen vor Schädlingen.
Schädlinge sind Tiere,
Insekten oder andere kleine Lebewesen,
die Pflanzen kaputt machen oder ihnen schaden.

Schädlinge sollen nicht eingeschleppt werden.
Sie sollen sich nicht ausbreiten.
Schädlinge sollen von Pflanzen ferngehalten werden.
Die Pflanzen sollen besser geschützt werden.

Es gibt auch Regeln zu den Kontrollen.
Die Kontrollen sollen sicherstellen,
dass die Regeln zum Pflanzen-Schutz eingehalten werden.

Die EU-Staaten müssen die Regeln anwenden.
Deshalb wird in Salzburg
das neue Pflanzen-Gesundheits-Gesetz eingeführt.
Das neue Gesetz ersetzt das alte Salzburger Kulturpflanzenschutz-Gesetz.

TOP 6 (10:45 Uhr):
Salzburger Nächtigungs-Abgaben-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Die Touristen sollen ein gutes Mobilitäts-Angebot bekommen.
Zum Beispiel:
gute Bus-Verbindungen
oder Fahrten mit der Bahn.
Das Angebot kostet Geld.

Deshalb gibt es im Land Salzburg eine neue Abgabe.
Die Abgabe heißt Mobilitäts-Beitrag.

Personen, die in Hotels übernachten,
bezahlen den Mobilitäts-Beitrag.
Der Mobilitäts-Beitrag wird zusammen mit der
allgemeinen Nächtigungs-Abgabe bezahlt.

Besitzer von Ferienwohnungen
und Wohnwagen müssen auch eine Nächtigungs-Abgabe zahlen.

Das Salzburger Nächtigungs-Abgaben-Gesetz wird geändert.
Die Formel für die Berechnung muss angepasst werden.
Die Abgabe soll immer richtig berechnet werden können.

TOP 7 (11:15 Uhr):
Salzburger Glücksspiel-Automaten-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Es geht um Regeln für Ausspielungen mit Glücksspiel-Automaten.
Bis jetzt war das Kleine Glücksspiel in Salzburg verboten.

Glücksspiel ist zum Beispiel:
Man kann an Automaten spielen.
Meistens spielt man um Geld.
Bei einem Glücksspiel hängt es vom Zufall ab,
wer gewinnt oder verliert.

Salzburg will jetzt auch erlauben,
dass Glücksspiel-Automaten aufgestellt werden dürfen.
Es gibt aber strenge Regeln.
Mit dem neuen Gesetz gibt es im Land Salzburg
472 Glückspiel-Automaten.
Die Automaten stehen in Automatensalons,
die von der Landesregierung genehmigt sind.

Beim neuen Gesetz ist der Schutz für die Spieler wichtig.
Für die Spieler ist wichtig,
dass sie einen Schutz vor Spielsucht bekommen.

Spielsucht ist ein großes Problem.
Menschen mit Spielsucht gehen weniger oft zum Arzt
als Menschen mit einer anderen Sucht-Erkrankung.
Sie gehen weniger oft zu Sucht-Beratungsstellen.
Menschen mit Spielsucht machen oft hohe Schulden.

TOP 8 (11:15 Uhr): Schulprojekt über die Gefahren von Glücksspielen und Wetten

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur diskutiert.

Jugendliche sollen Informationen
über die Gefahren von Glücksspielen und Wetten bekommen.

Die SPÖ fordert:
Mittelschulen und Berufsschulen sollen
bei Schulprojekten unterstützt werden.
Zum Beispiel durch Streetworker.

Außerdem:
Jugendliche, die bereits Probleme mit Glücksspiel haben,
sollen Hilfe finden.
Dazu soll es Aktionen an den Schulen geben.

TOP 9 (14:00 Uhr): Salzburger Informations-Freiheits-Anpassungs-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Ab September 2025 gilt ein neues Gesetz in Österreich.
Das Gesetz heißt: Informations-Freiheits-Gesetz.

Das neue Gesetz schafft die Amts-Verschwiegenheit ab.
Amts-Verschwiegenheit bedeutet:
Behörden dürfen bestimmte Informationen nicht weitergeben.

Mit dem neuen Gesetz wird außerdem
die Auskunfts-Pflicht in der Verwaltung abgeschafft.

Das ist neu:
Mit dem neuen Gesetz bekommen Bürgerinnen und Bürger
das Recht auf Informationen.
Das bedeutet:

Öffentliche Stellen müssen Informationen bereitstellen.
Zum Beispiel: Protokolle oder Verträge.

Trotzdem müssen bestimmte Informationen geheim bleiben.
Dafür muss es wichtige Gründe geben.
Wichtige Gründe sind zum Beispiel:
die nationale Sicherheit oder
der Schutz von personenbezogenen Daten.

Salzburg muss die Landes-Gesetze anpassen.
Die bisherigen Regeln zur Auskunftspflicht
werden durch das neue Gesetz ersetzt.

TOP 10 (15:00 Uhr): Raumordnungs-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Es geht um Wohnen, Baurecht und Raumordnung.
Das neue Gesetz soll die Ziele der Salzburger Landesregierung
von 2023 bis 2028 umsetzen.

Das Gesetz soll Vorschriften für das Bauen einfacher machen.
Es soll Baukosten senken.

Es gibt neue Regeln für die Vertragsraumordnung.
Bei der Vertragsraumordnung werden private Verträge
mit Entscheidungen von Behörden verknüpft.
Die neue Vertragsraumordnung soll
nach den Regeln der Verfassung sein.

Es gibt neue Regeln für den förderbaren Wohnbau.
Förderbarer Wohnbau bedeutet:
Bestimmte Wohnbauprojekte bekommen finanzielle Unterstützung:
Die Unterstützung hilft,
dass das Wohnen für die Menschen günstiger wird.

TOP 11 (16:00 Uhr):
Grundverkehrs-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Das Salzburger Grundverkehrs-Gesetz wird geändert.

Wichtige Themen im Gesetz sind:

Das Gesetz will kleine und mittlere Bauernhöfe
und Forstbetriebe stärken und neue schaffen.
Das neue Gesetz soll helfen,
dass die Betriebe gut arbeiten können.
Sie sollen außerdem gut zur Natur im Land passen.

Es geht im Gesetz um die Frage:
Was sind land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke?
Das Gesetz sagt:
Das sind Grundstücke,
die hauptsächlich für Landwirtschaft oder Forstwirtschaft genutzt werden.
Oder in den letzten 20 Jahren dafür genutzt worden sind.

Es geht um die zuständigen Behörden.
Es gibt 3 Behörden,
die sich um den Grundverkehr kümmern:

- den Grundverkehrs-Beauftragten,
- die Grundverkehrs-Kommission und die
- Ausnahmen-Kommission.

Es gibt mit dem neuen Gesetz klarere Regelung
zur Unabhängigkeit von den Behörden und den Mitarbeitern.
Die Behörden sind teilweise unabhängig.
Sie sollen fair und ohne Einfluss arbeiten können.

TOP 12 (17:00 Uhr):
Bericht zur Lage im Grundverkehr 2024

Der Bericht der Landesregierung wird am Mittwoch
im Finanz-Überwachungsausschuss diskutiert.

Die Landesregierung muss dem Landtag
jedes Jahr über die Lage im Grundverkehr
im Land Salzburg berichten.

Beim Grundverkehr geht es um diese Fragen:
Wo dürfen die Menschen etwas bauen?
Wo nicht?
Wer darf Grundstücke in Salzburger Gemeinden kaufen?
Zum Beispiel:
Wer darf Flächen in der Landwirtschaft kaufen?

Der Bericht erklärt,
welche Regeln wichtig sind.

Im Bericht zur Lage im Grundverkehr steht:

- Wie entwickelt sich der Grundverkehr?
- Wie werden Grundstücke genutzt?
- Wie teuer waren die Grundstücke?
- Welche Probleme gibt es?
- Wie war die Arbeit bei den Behörden?
- Was kann man besser machen?

Wörterbuch:

Finanz-Ausgleich:

Der Finanz-Ausgleich regelt die Aufteilung
von den Finanzmitteln in Österreich.
Die Steuern, die der Staat einnimmt,
werden zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Grundverkehr:

Das Salzburger Grundverkehrs-Gesetz regelt,
wer Grundstücke in Salzburger Gemeinden kaufen darf und wer nicht.

SAGES:

SAGES ist die Abkürzung für Salzburger Gesundheitsfondsgesetz

15a-Vereinbarung:

Eine 15a-Vereinbarung ist ein Vertrag zwischen
dem Bund und dem Land Salzburg.
Man braucht einen Vertrag in dem steht,
wer für was zuständig ist.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.
Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von capito Graz als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den Salzburger Landtag in Leichter Sprache

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.